

01.06 - 06.07.2019

Veranstaltungen:

Die
Wiederkehr
des
Unaufgearbeiteten

– Über den Umgang
mit dem
nationalsozialistischen
Erbe in der DDR
und dessen Gegenwart

Die
autoritäre
Revolte
in Ostdeutschland

Rassismus,
Migration
und die Konstruktion
des „Fremden“
in der DDR

Installation:

«Gespräche/
Assemblage – den
NSU-Komplex
kontextualisieren»

Eine Veranstaltungsreihe
von *spot_the_silence*
in Kooperation mit:

NSU Watch Sachsen
“Offener Prozess”, ASA FF e.V.
Netzwerk für Demokratische Kultur e. V. Wurzen
Team Oscar e.V im Weltecho Chemnitz
Neue Sächsische Galerie Chemnitz
Felix Schilk
Freiberg.Grenzenlos
Unter Palmen
Andrea Hübler, RAA Sachsen e.V.

Konzeption/ Kuration:
spot_the_silence,
Nina Borst,
Christian Obermüller,
Rixxa Wendland

gefördert durch:
Amadeu Antonio Stiftung,
LUSH Charity Pot,
Solidaritätsfonds der
Hans Böckler Stiftung

Text: Christian Obermüller,
Layout: Rixxa Wendland

Kontakt
spotthesilence@posteo.de
facebook.com/spotthesilence/
Twitter: @spotthesilence

Einleitung

Nach den Hetzjagden von Chemnitz im August letzten Jahres war wieder allerorten die Rede von einem Mangel an Demokratiefähigkeit der Bevölkerung Ostdeutschlands. Dieser resultiere aus jahrzehntelanger Diktaturerfahrung. Der „Ossi“ im Allgemeinen sei deshalb nicht gewappnet gegen die Gefahren des dumpfen Ressentiments, Wut und Enttäuschung über den Verlauf des Transformationsprozesses nach 1989/90 sei die eigentliche Triebkraft der rassistischen Gewalt. Die angebotenen Erklrungsversuche changierten so zwischen Diffamierung, Paternalisierung und Apologetik.

Ganz nebenbei inszenierten sich viele im Westen in Abgrenzung zu „denen da drüben“ als Vertreter_innen des fortschrittlichen Teils Deutschlands. Doch ändert ein solch selbstgefälliges Image nichts daran, dass auch die westdeutsche Gesellschaft von Rassismus und Antisemitismus durchdrungen ist: PolizistInnen aus Frankfurt/ Main terrorisieren die Anwältin Seda Başay-Yıldız und ihre Familie rassistisch, der NSU-Komplex bleibt auch im Westen weitgehend unaufgeklärt, und die neue alte Liebe zum Volk und zu antisemitischen Verschwörungstheorien ist ohnehin eine gesamtdeutsche.

Das simplifizierende Bild von der DDR als totalitärem Staat übersieht zweierlei. Zum einen die große Integrationskraft, die die DDR-Gesellschaft über viele Jahre hinweg entfaltete: wirtschaftliche Erfolge in den 60er und 70er Jahren ermöglichten vielen Menschen einen sozialen Aufstieg.

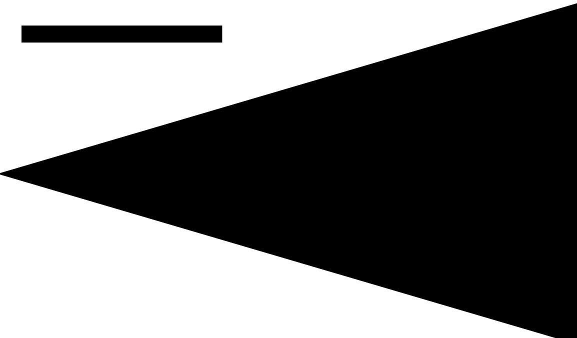
Ideologische Treue und Einsatz für den realsozialistischen Staat wurden belohnt. Der positive Bezug auf einen in Deutschland lange tradierten Wertekanon aus Arbeitsideologie, Nationalismus, Disziplin, Sauberkeit und Ordnung war darüber hinaus in hohem Maße anschlussfähig auch für den Teil der Bevölkerung, der wenige Jahre zuvor noch aufseiten des Nationalsozialismus gestanden hatte.



Zum anderen die innergesellschaftlichen Konflikte, die die DDR-Gesellschaft durchzogen. Die Konfliktlinien waren komplex und folgten selten einer einfachen Logik aus Bevölkerung vs. Regime. Vielmehr ging es um die Frage, wer wie zur „Gemeinschaft der DDR-Gesellschaft“ gehören konnte und wer nicht.

Patrice G. Poutrus spricht diesbezüglich von „Fremdheits“-Konstruktionen, die die Zugehörigkeit sowohl erzeugten als auch markierten. Diese Konstruktionen waren relativ flexibel. Sie konnten zum Beispiel sowohl der Legitimierung des strukturell rassistischen Umgangs des Regimes mit den Vertragsarbeiter_innen dienen – diese seien nunmal anders – als auch von rechten Systemgegner_innen herangezogen werden um den rassistischen Affekt gegen Migrant_innen als Sozialrebellion zu rationalisieren – diese seien schließlich von der Partei geholt worden und deswegen Interessenträger_innen der Elite.

Ab den 1980er Jahren büßte das DDR-System seine Integrationskraft zunehmend ein. Die globalen ökonomischen Krisen machten auch vor den staatskapitalistischen Ökonomien nicht halt. Notwendige Modernisierungen und Umstrukturierungen wurden nicht durchgeführt und die Möglichkeit zu sozialem Aufstieg verringerte sich zusehends. Das Legitimationsdefizit des Regimes wurde immer größer. Der Kitt einer erfolgreichen Wirtschaft verlor seine Wirkung und die innergesellschaftlichen Konflikte brachen auf. Dabei kam einmal mehr zum Tragen, dass zentrale Bezugspunkte aus der rechten und rechtskonservativen deutschen Ideologiegeschichte auch in der DDR leicht modifiziert fortlebten und ihre identitätsstiftende Wirkung entfalten konnten: Nation und Volk, Arbeit und Kleinfamilie.



Diese wurden folgerichtig nun zum Rüstzeug der autoritären Formierung von Teilen der DDR-Bevölkerung. Rechte Hooligan- und Neonazigruppen entstanden und erlebten einen großen Zulauf, vor allem unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Rassistische und antisemitische Straftaten erreichten Höchststände, gleichzeitig wurde das Problem staatlicherseits ignoriert oder als „Rowdytum“ verharmlost. Bestraft wurden nicht selten die Opfer, zum Beispiel durch Abschiebung.

Doch es gab auch progressive, emanzipatorische Kräfte in der DDR. Es gab zum Beispiel zivilgesellschaftliche Versuche einer Aufarbeitung des Nationalsozialismus, es gab Lesben und Schwule, die entgegen der offiziellen Gedenkpolitik der lesbischen und schwulen Opfer des NS gedachten. Es gab Kritik am Antizionismus der DDR und ihrer Unterstützung palästinensischer TerroristInnen. Es gab Widerstand progressiver subkultureller Jugendlicher gegen ihre Stigmatisierung als Asoziale und gegen die sich formierenden rechten Bewegungen.

Es ist zu einfach, von einem Mangel an zivilgesellschaftlicher Erfahrung zu sprechen, vielmehr müsste von „wechselhaften Erfahrungen von Wirksamkeit und Ohnmacht […] der Menschen in Ostdeutschland“ (Raiko Hannemann) ausgegangen werden. Von einer ähnlichen Ambivalenz ist auch der Transformationsprozess geprägt. Die Erfahrung epochaler Selbstwirksamkeit ging über in diverse Enttäuschungs- und Ohnmachtserfahrungen. Dass sich große Teile der ostdeutschen Bevölkerung derzeit autoritär formieren ist nicht allein der häufig kolportierten „zweifachen Diktaturerfahrung“ geschuldet. Und auch die Verwerfungen des Transformationsprozesses sind kein hinlänglicher Grund dafür, zumal es überwiegend Teile einer relativ gutsituierten Mittelschicht sind, die sich den autoritären Bewegungen anschließen.

„Der Vereinigungsrassismus war ein gesamtdeutsches Syndrom“, schreiben Frei et al., von dem eine „Kontinuitätslinie über zahlreiche politisch motivierte Morde und die Verbrechen des NSU bis in die Gegenwart der rechtsradikalen Strömungen“ führe. Zum Verständnis dieses gesamtdeutschen Rassismus bedarf es des Wissens um dessen Vorgeschichten.

Dazu gehört die gemeinsame Geschichte des Nationalsozialismus genauso, wie dessen je spezifische „Verarbeitung“ in der DDR bzw. der BRD. Dazu gehört die lange Geschichte rechter und rechtskonservativer Organisierungen in beiden Teilen Deutschlands, die im Übrigen bereits in den 1980er Jahren eine bemerkenswerte Parallelität aufweisen. Dazu gehört auch die Frage, inwieweit sich nationalistische, rassistische und antisemitische Ideologien und ideologische Versatzstücke bis heute in großen Teilen der Bevölkerung erhalten haben und immer wieder durchbrechen.



Ein wesentlicher Bezugspunkt ist dabei die jeweilige Geschichte der Migration in Ost wie West. Die Auseinandersetzungen um Migrationspolitik werden immer wieder zum paradigmatischen Politikfeld, auf dem sich die Bevölkerung Deutschlands als Volk konstituiert und in Krisenzeiten formiert. Dies zeigt sich an den unterschiedlichen Migrationspolitiken der beiden Deutschlands, die doch von derselben Prämisse ausgingen, dass Einwanderung in jedem Fall zu verhindern sei. Dies zeigt sich Anfang der 1990er Jahre, als die politisch Verantwortlichen Deutschlands den rechten (Bürger-)Mob bundesweit gewähren lassen. Dies zeigt sich an den aktuellen migrationspolitischen Debatten, die neurechten Gruppen als Steigbügelhalter zum Erfolg dienen.

Wer die aktuellen Entwicklungen im Osten einzig mit Angst und Mangel an Demokratieerfahrung er- oder gar als berechtigten Kampf gegen Elitenbildung und Quasi-Kolonialismus verklärt, verkennt die Lage: Beträchtliche Teile der hiesigen Bevölkerung im Osten wie im Westen haben sich aktiv vom Modell Demokratie verabschiedet oder sind im Begriff dies zu tun. Sie haben sich zu einer autoritären Zivilgesellschaft formiert und auf den Weg gemacht. Das ausgerufene Ziel von AfD und Co ist die konservative Revolution. Nicht ein mehr oder weniger an Zivilgesellschaft hilft hier, es braucht eine andere Zivilgesellschaft, eine die sich eindeutig gegen die autoritäre Dynamik stellt.

In den Veranstaltungen bringen wir unterschiedliche Zeiten und Perspektiven ins Gespräch: DDR-Geschichte trifft BRD-Geschichte und beide begegnen einer gesamtdeutschen, historische Perspektiven werden in Relation zu aktuellen gesetzt, unterschiedliche Akteur_innen aus dem Osten treffen aufeinander und kommen ins Gespräch mit solchen aus dem Westen. Insgesamt geht es uns darum, einige Aspekte der DDR-Geschichte zu beleuchten und vor diesem Hintergrund die Frage aufzuwerfen, was die aktuelle autoritäre Dynamik insbesondere in Sachsen ausmacht und wie diese zu erklären ist.

Die Ausstellungs- und Veranstaltungsreihe vertieft einige der angesprochenen Aspekte. Die Installation GESPRÄCHE//ASSEMBLAGE – Den NSU-Komplex kontextualisieren präsentiert neun Videointerviews mit Menschen die von ihren Erfahrungen mit und vor allem ihren Kämpfen gegen Rassismus in Deutschland erzählen und ermöglicht einen anderen Blick auf Migration. Sie zeigt Protagonist_innen der postmigrantischen Gesellschaft, die sich nicht vorschreiben lassen, wo und wie sie zu leben haben, sondern die selbstbewusst ein gutes Leben für alle einfordern.


AUM
AUM

Die
Wiederkehr
des
Unaufgearbeiteten

– Über den Umgang
mit dem
nationalsozialistischen
Erbe in der DDR
und dessen
Gegenwart

mit:
Fabian Bechtle
(Forum demokratische Kultur und zeitgenössische Kunst)

Sarah Kleinmann
(Kulturanthropologin und politische Bildnerin)

Hannah Zimmermann
(Soziologin, Projektleiterin “Offener Prozess” des ASA-FF e.V.)

Franz Knoppe
(grass lifters, ASA-FF e.V.)

Weltecho,
Chemnitz,
06.06.2019,
19 Uhr

Wie war es um die Aufarbeitung des Nationalsozialismus in der DDR bestellt? Die DDR war zwar qua Gründungsmythos antifaschistisch – der Staat der Gegner_innen und Verfolgten des NS. Personelle und ideologische Kontinuitäten hingegen wurden kaum thematisiert und gedenkpolitische Initiativen, die von der offiziellen Doktrin abwichen, verboten. Doch das historische Erbe wirkte nach: Rassismus und Antisemitismus waren in der DDR alltäglich und strukturell verankert.
Offiziell aber es im sozialistischen Staat keinen Rassismus und Antisemitismus geben. Schließlich seien dies westliche Phänomene, die DDR hingegen war das Kollektiv der Opfer der NationalsozialistInnen. Dieses Opfernarrativ war ein zentrales Moment in der Abwehr der historischen Schuld und in der anhaltenden Weigerung den Nationalsozialismus als Teil der eigenen Geschichte anzuerkennen.

Diese Weigerung zog sich auch durch die letzten Jahrzehnte. Und mit der anhaltenden Verdrängung der Geschichte, setzte sich auch die Ignoranz gegenüber aktuellen Formen von Rassismus, Antisemitismus und rechter Gewalt fort. Als nützlich erwies sich dabei weiterhin die Selbstinszenierung als Opfer – jetzt als Opfer des DDR-Regimes und als Wendeverlierer. So wurden schon die rassistischen Pogrome der 90er Jahre, zu einer Art Sozialprotest einer vom Transformationsprozess gebeutelten Bevölkerung verklärt. Diese Art der Apologie rechter Gewalt wird bis heute beständig wiederholt, zuletzt unter anderem bei den Hetzjagden im Sommer 2018 in Chemnitz.
Wir wollen bei der Veranstaltung zum einen über Antisemitismus und zum anderen über die lange Tradition des Nicht-Erinnerns in der SBZ und der DDR sprechen. An konkreten Beispielen soll die Erinnerungskultur der DDR betrachtet und ihre identitätsstiftende Funktion untersucht werden. Dabei interessiert uns welcher Opfer da konkret gedacht wurde und inwieweit dieses Gedenken eine besondere Form der Erinnerungsabwehr darstellt. In einem zweiten Schritt werden wir am Beispiel des NSU-Komplexes den Umgang mit rechter Gewalt heute untersuchen und die Frage aufwerfen, inwieweit sich auch aktuell Formen solchen Nicht-Erinnerns und Verleugnens zeigen.

Die autoritäre Revolte in Ostdeutschland

mit:
Felix Schilk, geb. 1989, studierte in Dresden und Montpellier Soziologie und Erziehungswissenschaften. Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der TU Dresden und promoviert zur Identitätspolitik der Neuen Rechten.

Matheus Hagedorny geb. 1986, studierte Philosophie, Neuere Geschichte sowie Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Bonn und arbeitet derzeit für das „Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus“ in Berlin.

Rechtspopulismus und Ostidentität (Felix Schilk)

In den aktuellen Debatten um Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit erfüllen die ostdeutschen Bundesländer eine doppelte Funktion: als Identitätsanker für den enthemmten Trotzstolz der Wutbürger und als Persilschein für den linksliberalen Spott über schlechten Geschmack und unzivilisiertes Verhalten der Ostdeutschen. Die sozioökonomischen und sozialpsychologischen Ursachen für das Zusammenwirken von Rechtspopulismus und Ostidentität bleiben indes oft unbeachtet. Warum sind es gerade die postsozialistischen Bundesländer, in denen der Rechtspopulismus so erfolgreich ist und wieso wird jede Kritik daran von lokalen Akteuren und einem Großteil der Bevölkerung so aggressiv und vehement abgewehrt? Der Vortrag will einen kritischen Blick auf Anerkennungsdefizite in den Neuen Bundesländern und die kompensatorische Überidentifikation mit den oft tristen Verhältnissen werfen, die von der Lokalpolitik seit der „Wende“ offensiv gefördert wird.

Björn Höcke und die „neue soziale Frage“ der AfD (Matheus Hagedorny)

Die AfD kann sich eine weit verbreitete Angst vor dem sozialen Abstieg zu Nutze machen. Das erscheint merkwürdig, denn das Wirtschafts- und Sozialprogramm der AfD ist an vielen Stellen schwammig und widersprüchlich. In diesem Jahr wollen vor allem die Ost-Landesverbände um Björn Höcke endlich ernst machen und die „soziale Frage“ in den Mittelpunkt des Wahlkampfs stellen. Es lohnt sich, genau hinzuschauen, was Arbeitnehmer/innen, Beamte, Rentner/innen und Arbeitslose von dieser Politik erwarten können. Dazu werden wir untersuchen, welche Vorstellungen von Ökonomie und Arbeit aus den bisherigen Äußerungen von Höcke ablesbar sind. Hat der „soziale Patriotismus“ wenigstens den einheimischen deutschen Arbeitern, Angestellten und Unternehmen etwas zu bieten? Und was ist überhaupt neu an der „neuen sozialen Frage“, die Höcke und seine Anhänger endlich stellen wollen?

**Café im Pi Haus, Freiberg
26.06.2019
19 Uhr**



Rassismus, Migration und die Konstruktion des „Fremden“ in der DDR

Gleichzeitig gibt es ein gewisses Einverständnis zwischen rechtspopulistischen Kräften und den sogenannten Volksparteien hinsichtlich der generellen Einschätzung von Migration und den Aufgaben von Migrationspolitik: Migration sei in erster Linie ein Problem, Migrationspolitik dazu da, diese zu steuern und zu kontrollieren.

mit:
Aurora Rodonò
(Kulturarbeiterin, Dozentin)

Raiko Hannemann
(ASH Berlin)

Angelika Nguyen
(Filmwissenschaftlerin, Autorin)

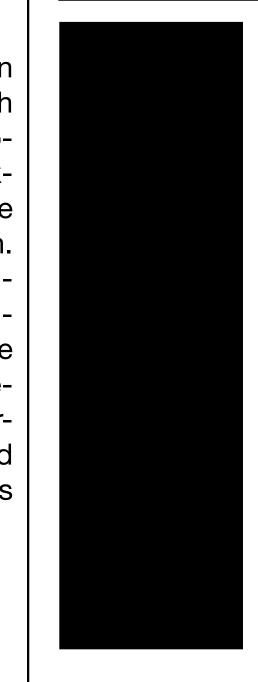
N.N.

Die Auseinandersetzungen um Migrationspolitik werden immer wieder zum paradigmatischen Politikfeld, auf dem sich rassistische und demokratiefeindliche Einstellungen konstituieren und autoritäre Bewegungen formieren. Rechte und rechtspopulistische Bewegungen wähnen sich dabei in einer Frontstellung gegen den Staat und phantasieren von einem “Großen Austausch”. Migrationsbewegungen werden in ihrer Vorstellung von geheimen und übermächtigen Kräften gesteuert. Hinter den als unterlegen imaginierten Migrant_innen stehe eine als fremd und überlegen vorgestellte Macht, Momente rassistischer und antisemitischer Ideologie amalgamieren sich zur Vorstellung einer umfassenden Bedrohung der “Volksgemeinschaft”. Die rassistische Gewalttat wird in der Vorstellung der Rechten zum selbstbewussten und anti-elitären Kampf des „Volkes“ um seine Existenz.

Auch in der DDR gab es ideologische Figurationen in denen sich Vorstellungen von Fremd- und Unterlegenheit mit solchen von Herrschaft und Macht zu verbinden scheinen: zum Beipiel in der Person des zurückgekehrten kommunistischen Exilanten, der in den Augen mancher zum “Fremden” und zum Symbol sowjet-stalinistischer Herrschaft wurde, oder der Vertragsarbeiterin, die als Interessenträgerin des Regimes figurierte und somit ebenfalls im Verbund mit der Herrschaft zu stehen scheint. Wirkten hier ähnliche ideologische Versatzstücke wie heute? Und war das Moment des “Aufstands des Volkes gegen die da oben” eines, das eine Ähnlichkeit zum Gestus des Anti-Establishments von Pegida, AfD und Co aufweist?

Aber auf dem Feld der Migration(-spolitik) formieren sich nicht nur autoritäre Bewegungen, dieses ist auch Ausgangsort progressiver und solidarischer Kämpfe. Wir wollen in der Veranstaltung diesen Perspektivwechsel vollziehen und dazu auf die Geschichte migrantischer Kämpfe in Westdeutschland blicken. In einer Vielzahl sozialer Kämpfe haben Migrant_innen dort in den vergangenen Jahrzehnten um gesellschaftliche Teilhabe, Bürger_innenrechte und eine Verbesserung ihrer Lebenssituation gestritten. In diesen Kämpfen scheint etwas auf, was eine andere Perspektive eröffnet: Auf eine Welt ohne Rassismus und ohne Verschwörungstheorien. Auf ein solidarisches und gutes Leben für alle.

Kunsthaus Dresden, 05.07.2019, 19 Uhr,





«Gespräche/ Assemblage – den NSU-Komplex kontextualisieren»

Eine Installation von spot_the_silence, Rixxa Wendland, Christian Obermüller

Mit:
Ibrahim Arslan
Mouctar Bah
Ayfer Şentürk Demir
Alexander Kienzle
Heike Kleffner
Mai-Phuong Kollath
Massimo Perinelli
Osman Taşköprü
Kutlu Yurtseven

«Wir lassen uns nicht vertreiben» (Ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter_innen und Überlebende des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen 1992)

«Unsere größte Sehnsucht ist unsere Geschichten an die Öffentlichkeit zu bringen und somit die Solidarität der Menschen zu bekommen, damit solche Taten aufhören» (Ibrahim Arslan, Überlebender der rassitischen Brandanschläge von Mölln 1992)

«Ich sehe mich nicht als Fremde, nein! Da wehre ich mich dagegen!» (Ayfer Şentürk Demir, Überlebende des Nagelbombenanschlags durch den NSU auf die Keupstraße, Köln 2004)

zu sehen im:
Das Tietz
Erdgeschoss
Chemnitz
01.-12.06.2019

Wurzener Land Fest
NDK e.V.
Bennewitz
15.06.2019

to be announced
Dresden
29.06.-06.07.2019

Das rechtsterroristische Netzwerk NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) ermordete in den Jahren 2000 bis 2006 neun Migrant_innen und eine Polizistin und verletzte zahlreiche Menschen durch Sprengstoff anschläge. Im Jahre 2011 enttarnte sich das terroristische Netzwerk teilweise selbst. In den darauf folgenden Wochen und Monaten wurde bekannt, dass deutsche Sicherheitsbehörden, allen voran die Landesämter und das Bundesamt für Verfassungsschutz, auf vielfältige Weise in den NSU-Komplex involviert sind.
Auch wenn die Taten selbst und die Bedingungen, unter denen diese begangen wurden, beispiellos wirken, so reihen sie sich dennoch ein in eine lange Geschichte rechten Terrors und rassistischer Gewalt in Deutschland.

Die rassistische Spaltung der Gesellschaft

Die Installation «Gespräche/Assemblage – den NSU-Komplex kontextualisieren» verweist auf einige gesellschaftliche Kontexte, die für die Aufarbeitung des NSU-Komplexes von Bedeutung sind: den nationalen Taumel der wiedervereinigten Deutschen, die sich vor allem einig waren in ihrer Zustimmung zu den rassistischen Pogromen der 90er Jahre, die wiederum zu einem grundlegenden Erfahrungshintergrund für das Selbstverständnis der späteren Rechtsterroristen wurden; die rassistische Spaltung der Gesellschaft, die dazu führte, dass rechter Terror geleugnet wurde und die Ermittlungen fast ausschließlich gegen die Betroffenen und Angehörigen erfolgten; die Politik der temporalen Anwerbung von Arbeitsmigrant_innen in den 50er und 60er Jahren unter dem politischen Dogma, die BRD sei kein Einwanderungsland, die Rassismus institutionalisierte und die migrantische Bevölkerung dieses Landes ökonomisch, politisch, rechtlich und sozial segregierte; aber auch die DDR-Variante: die Vertragsarbeit, die den Rassismus der DDR-Bevölkerung katalysierte und nicht minder als die westdeutsche Migrationspolitik an dem antiquierten Bild eines homogenen Deutschland festhielt; schließlich die rassistisch geführten politischen Debatten der 2000er um Migration und Einwanderung, Integration und deutsche Leitkultur, die rassistische Ressentiments aktualisierten und zu neuen Formen der Ausgrenzung führten.

Der NSU-Komplex hat gezeigt, dass (Post-)Migrant_innen noch immer von vielen Herkunftsdeutschen nicht als Teil der Gesellschaft betrachtet werden. Den Angehörigen der Mordopfer und den Betroffenen der Sprengstoffanschläge wurde nicht zugehört. Ihre Vermutung, es könne sich bei den Täter_innen um Rassist_innen oder Neonazis handeln, wurde ignoriert. Vielmehr wurden sie selbst von den Ermittlungsbehörden zu Täter_innen gemacht. Während die Mordserie in migrantischen Communities voller Sorge wahrgenommen wurde, hat der überwiegende Teil der herkunftsdeutschen Bevölkerung diese kaum zur Kenntnis genommen. So blieben die Opfer isoliert und ihre Stimmen waren kaum zu vernehmen. Dies ist es, was wir rassistische Spaltung der Gesellschaft nennen.

Perspektivwechsel

Die Installation versammelt Gesprächs-Sequenzen, die nach einer anderen Perspektive auf den NSU-Komplex fragen. Welche den Blick zurück wenden und sich auf die Suche begeben, nach den in die Zukunft gerichteten Möglichkeiten und Forderungen, die in den Geschehnissen von gestern verborgen liegen. Die Fragen nach antirassistischem Widerstand und nach den Forderungen und Perspektiven der Opfer und Betroffenen von Rassismus waren dabei zentrale Ausgangspunkte. Zwischen den einzelnen Gesprächs-Sequenzen entstehen Parallelen, Verbindungslinien und Gemeinsamkeiten – die persönliche Erfahrung wird zum politischen Element, zur gemeinsamen Erfahrung, zur gemeinsamen Forderung.
«Wir lassen uns nicht vertreiben!», sagten die ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter_innen, die das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen überlebten. «Ich sehe mich nicht als Fremde, nein! Da wehre ich mich dagegen!», sagt Ayfer, Betroffene des Nagelbombenanschlags des NSU auf die Kölner Keupstraße. Die Stimmen dieser Menschen zeigen: entgegen allen rechten Terrors, entgegen aller Politik der Ausgrenzung schaffen Migrant_innen seit Jahrzehnten Fakten und haben an vielen Orten die postmigrantische Gesellschaft realisiert, in der wir heute leben.
Es ist längst überfällig, die rassistische Spaltung zu überwinden. Die Geschichte der Migration zu kennen und als konstitutiven Bestandteil des heutigen gesellschaftlichen Zusammenlebens zu erkennen, migrantisches Wissen wahr- und ernstzunehmen, ist ein erster zentraler Schritt um dies zu tun.